



### Der Zusammenhang von Außenhandel, erzwungener Handelsliberalisierung und Auslandsverschuldung

Die Verschuldung von Entwicklungsländern hat maßgeblich zur Handelsliberalisierung beigetragen. Und die erzwungene Marktöffnung wiederum trägt das Risiko immer weiterer Verschuldung in sich. Wie das?

Zunächst einmal hat die Schuldenkrise, die mit der Zahlungsunfähigkeit Mexikos 1982 voll ausbrach, einen erheblichen Beitrag zur erzwungenen Marktöffnung in den Entwicklungsländern geleistet. Damit sie ihre Zahlungen an den Norden auch ja nicht einstellten, erhielten die überschuldeten Länder zunächst einmal neue Kredite, aus denen sie die alten Schulden bedienen sollten, insbesondere von IWF und Weltbank. Doch diese Hilfe wurde an harte Bedingungen geknüpft. Die betroffenen Entwicklungsländer mussten sich dem neoliberalen Diktat beugen und unter anderem ihre zuvor meist geschützten Märkte für die Exporteure im Norden öffnen.

Die Industrieländer dagegen durften ihre sensiblen Agrarmärkte weiter durch hohe Zölle und Subventionen absichern. Während sie nun praktisch vollen Zugang zu den Märkten der Entwicklungsländer gewannen, haben die Entwicklungsländer bis heute für viele ihrer wichtigsten Produkte aus dem Agrarbereich keinen Zugang zu den Industrieländern. Daher haben die Entwicklungsländer darauf bestanden, die Agrarzölle und -subventionen zum zentralen Thema der WTO-Ministerrunde in Hongkong zu machen.

Auslandsverschuldung ist aber wiederum nicht zuletzt eine Konsequenz des Außenhandels unter ungleich entwickelten Handelspartnern. Beim Außenhandel muss der Import der ausländischen Güter, darunter auch Investitionsgüter und Dienstleistungen, in Devisen bezahlt werden. Diese müssen durch Exporte erst einmal erwirtschaftet werden.

Importiert ein Land jedoch mehr Güter und Dienstleistungen, als es exportiert, dann muss die Differenz – das Leistungsbilanzdefizit – auf andere Weise finanziert werden. Die einfachste Art ist, Kredite in ausländischer Währung aufzunehmen. Dadurch aber entsteht Auslandsverschuldung.

Auch die Auslandsschulden müssen in Devisen zurückgezahlt werden, mit Zins und Zinseszins. Daher steht ein Land, sobald es einmal begonnen hat, sich im Ausland zu verschulden, fortan unter dem Druck, ein Leistungsbilanzüberschuss zu erwirtschaften, also mehr Güter und Dienstleistungen zu exportieren als es importiert. Aus dem Exportüberschuss müssen Zins- und Tilgungszahlungen geleistet werden. Sind die Deviseneinnahmen aus den Exporten jedoch nicht hoch genug, um den Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, kommt es zum Zahlungsausfall und damit zur Schuldenkrise.

Eigentlich sollten derartige Schuldenkrisen nur für die Gläubiger ein Problem darstellen, da sie ihre Kredite abschreiben müssen. Da jedoch ein derartiger Zahlungsausfall zu einem massiven Vertrauensverlust der Finanzmärkte gegenüber dem säumigen Schuldnerland und der „Qualität“ seines Wirtschaftsstandortes führt, sind die Folgen meist weit reichender:

Vermögensbesitzer reagieren mit massiver Kapitalflucht, Unternehmer mit Investitionsboykotten, auch das inländische Bankensystem kann zusammenbrechen. Aus der Schuldenkrise wird eine allgemeine Finanz- und Wirtschaftskrise. Die einfache Bevölkerung der betroffenen Länder muss in der Regel die Zeche zahlen, ist Arbeitsplatzverlusten, Lohneinbußen und somit der Verarmung ausgesetzt.

## Das Trio infernale: IWF, Weltbank und WTO

Lange Zeit herrschte beim Mainstream der Entwicklungsökonomien die Ansicht vor, dass unterentwickelte Länder sich im Ausland verschulden müssen, um einen Entwicklungsprozess zu initiieren. Die Weltbank, die als Kompetenzzentrum für Fragen der Entwicklungsfinanzierung gilt, hat die Entwicklungsländer in den 50er und 60er-Jahren massiv dazu aufgefordert. Nur durch Auslandsverschuldung könnten die großen Mengen an Investitionsgütern aus den Industrieländern importiert werden, die ein Entwicklungsland zu seiner Industrialisierung brauche. Nach dieser schuldenfinanzierten Industrialisierung könnten diese Länder dann ihre Exporte massiv steigern, um die Kredite mit Zins und Zinseszins wieder zurückzuzahlen.

Die Folge dieser Politik: seither befinden sich die Entwicklungsländer in der Schuldenfalle und damit in einer Abhängigkeitsposition von den reichen Ländern des Nordens und der Weltbank selbst, die zu den bedeutendsten Gläubigern der Entwicklungsländer gehört. Weltbank und IWF haben inzwischen ihre Strategie geändert. Statt Entwicklungsländer dazu zu bringen, sich im Ausland zu verschulden, versuchen sie den maximal möglichen Schuldendienst aus ihnen herauszupressen – im eigenen Interesse, aber auch in dem der Gläubigerstaaten im Norden und der Banken. Zu den so genannten Strukturpassungsprogrammen, die sie den Entwicklungsländern aufzwingen und die die Voraussetzung für die Verlängerung der Kreditlinien waren, gehört eben auch die Liberalisierung und Deregulierung des Außenhandels.

Um diese Liberalisierung und Deregulierung völkerrechtlich festzuschreiben und damit quasi unumkehrbar zu machen, wurde 1995 die WTO gegründet. Ihre Mitglieder haben sich dazu ver-



pflichtet, in den meisten Wirtschaftssektoren auf protektionistische Maßnahmen zu verzichten.

Hauptziel von IWF und Weltbank ist es, die Exportfähigkeit der Schuldnerländer zu erhöhen, denn nur zusätzliche Exporte können zusätzliche Deviseneinnahmen bringen, die mittels des Schuldendienstes wieder in die Taschen der Gläubiger geleitet werden. Die Entwicklungsländer werden somit dazu gebracht, ihre Produktion von Agrargütern und Rohstoffen immer weiter zu steigern. Statt etwa Grundnahrungsmittel für den eigenen Bedarf bauen sie nun Cash Crops wie Kaffee oder Soja an, um sie in den Norden zu exportieren. Besonders praktisch für die Gläubigerländer des reichen Nordens ist: Im Endeffekt zahlen sie für diese ständig steigenden Mengen an Agrargütern und Rohstoffen wenig bis gar nichts, denn die Devisen, die sie den Entwicklungsländern dafür geben, fließen über den Schuldendienst schnell wieder in ihre eigenen Taschen zurück. Der ägyptische Entwicklungstheoretiker Samir Amin nennt diesen Mechanismus ein „System globaler Tributzahlungen“. Die direkte Ausplünderung des Südens durch die imperialistischen Mächte während der Kolonialzeit ist in der Gegenwart durch die indirekte Ausplünderung von Schuldnerländern durch die Gläubiger des Nordens abgelöst worden.



Ein Infoblatt der Attac-Berlin AG-Finanzmärkte, Oktober 2005

Kontakt: Bodo Ellmers: [Ellmers@web.de](mailto:Ellmers@web.de)